

Für eine gerechte Individualbesteuerung

D

Die Jungen Demokraten (JDL) treten für eine offene, freie und gerechte Gesellschaft ein. Dazu gehört auch, dass Bürger ihr Leben frei gestalten können, ohne einen vom Staat aufgezwungenen steuerlichen Nachteil befürchten zu müssen. Wir fordern deswegen eine Reform des Steuersystems hin zu einer einheitlichen Besteuerung unabhängig des Familienstands des Steuerzahlers.

In unseren Augen ist das jetzige luxemburgische Steuermodell überholt. Es begünstigt „gepacste“ und verheiratete Paare auf Kosten von unverheirateten Paaren und Alleinstehenden. Aus Sicht der JDL sollte nicht der Staat, sondern jeder Bürger für sich entscheiden, wie er leben will. Das bestehende Steuermodell fördert ein veraltetes Familienmodell und kann dem Wandel der Formen des Zusammenlebens und der individuellen Lebensgestaltung nicht Rechnung tragen. Nur durch eine Abkehr von diesem konservativen Steuermodell kann der Weg für eine gerechte Individualbesteuerung frei gemacht werden.

Familienmodelle ohne finanzielles Kalkül

Aus diesem Grund schlagen wir einen einheitlichen Steuersatz für gleiche Einkommen vor, da nur dieser der Diskriminierung unverheirateter Bürger ein Ende setzt. So würden Bürger in der Wahl ihrer Lebensgestaltung nicht mehr von einem finanziellen Kalkül beeinflusst und wären freier in ihrer Entscheidung.

Ein gerechtes Steuersystem schließt die Unterstützung von Familien mit Kindern nicht aus. Anstelle pauschaler Steuervorteile, die an standesamtliche Verträge gebunden sind, fordern wir eine gezielte Steuerbegünstigung (abattements) für Steuerzahler mit Kindern, seien diese liiert, verheiratet, getrennt oder geschieden. Das bestehende System belastet insbesondere geschiedene Eltern, da diese durch die neue Lebenssituation höhere Kosten tragen müssen und durch eine Veränderung ihres Familienstands in die Steuerklasse 1 zurückfallen und finanziell abgestraft werden. Das neue System würde diese Ungerechtigkeit zwischen liierten, verheirateten, „gepacsten“ und getrennt lebenden Eltern aus der Welt schaffen.

Aus Sicht der JDL sollte ein neues Modell zudem Steuererleichterungen für Steuerzahler vorsehen, die sich zu Hause um pflegebedürftige Personen kümmern. ■



Loris Meyer
–
Luxemburg-Stadt
–
Masterstudent
am Collège d'Europe
(Brügge)
–
JDL
–
politisch aktiv seit 2012

*„You want to destroy some system,
first defund it. Then it won't work, people
will be angry, they want something else.
That's a standard technique for
privatizing some system“ –*

NOAM CHOMSKY

Bildung für die Zukunft

D

Die Schule in Luxemburg verstärkt weiterhin Ungleichheiten, statt zur Chancengleichheit beizutragen. Vor allem der familiäre Hintergrund, die soziale Klassenzugehörigkeit und die Sprache entscheiden über die Möglichkeiten, die einem Kind offenstehen. Unser Schulsystem ist weiterhin wirkungslos im Kampf gegen Schulabbruch und trägt eher zur Unlust am Lernen bei. Die Antriebslosigkeit ist durch viele gesellschaftliche Faktoren bedingt und drückt sich mittlerweile auch verstärkt beim Lehrpersonal aus. Erst vor kurzem konnte man überall lesen, dass es einen akuten Mangel an Lehrpersonal an luxemburgischen Schulen gibt.

Die prekäre Situation der Lehrer

In der Öffentlichkeit wird oft darauf hingewiesen, wie gut es Lehrer haben mit ihren hohen Löhnen und langen Ferien. Wenn dies also die Arbeitsbedingungen sind, dann müsste sich das Bildungsministerium doch vor gut qualifizierten KandidatInnen kaum retten können. In Wirklichkeit ist es eher so, dass dem zukünftigen Lehrpersonal immer mehr Steine in den Weg gelegt werden. Die Gehälter der angehenden LehrerInnen werden gekürzt, die Stage-Zeit verlängert, so dass man das Personal länger im Griff hat und Überstunden erzwingen kann. Dies geht Hand in Hand mit dem zunehmenden Rückgriff auf Lehrbeauftragte, die den Staat weniger kosten. Stellten die Lehrbeauftragten vor Jahren nur einen kleinen Prozentsatz des Lehrpersonals dar und waren eher eine Notlösung als die Regel, werden immer mehr Stellen im gesamten Schulsystem mit chargé(e)s de cours besetzt. Dies hat natürlich gewisse Vorteile für das Bildungsministerium. Es sind billigere Lehrkräfte und man kann sie viel leichter kontrollieren und unter Druck setzen, da sie keine vereidigten Beamten sind.

Öffentliche Schule als Garant für Chancengleichheit

Hinzu kommen neue Schulen, wie die Europaschule in Differdingen und in Esch, die International School Michel Lucius in Luxemburg, die nicht den selben Regeln unterworfen sind wie die normale öffentliche Schule. Die LehrerInnen dort sind keine vereidigten Beamten (sie sind also eher ihrer Hierarchie als dem Gesetz verpflichtet) und die Kurse folgen zum Teil im Ausland eingekauften Lehrplänen. Ich befürchte, dass wir es hier mit einer schleichenden Privatisierung der Bildung zu tun haben. Wenn zunehmend private Schulen aus dem Boden schießen, die genau das anbieten, was Eltern sich erwarten, wird in der öffentlichen Bildung weiter eingespart werden und den LehrerInnen fehlen die angemessenen Mittel.

Ich erhoffe mir von der nächsten Regierung, dass in Zukunft wieder mehr in die öffentliche Schule investiert wird und die direkt Beteiligten mitbestimmen können über Inhalte und Prioritäten beim Einsatz der Mittel. Vielerorts wird Geld sinnlos ausgegeben (Rüstung), das dann bei SchülerInnen und LehrerInnen fehlt. Ein gut funktionierendes öffentliches Bildungssystem ist eines der effektivsten Mittel um Chancengleichheit für alle Kinder zu garantieren.

Die Stage-Zeit muss wieder gekürzt sowie pädagogisch gestaltet werden, um den Beruf des Lehrers attraktiver zu machen für gut qualifiziertes Personal. Kinder und Jugendliche müssen viel früher auf interessante Weise an wissenschaftliche Themen herangeführt werden. Die fortschreitende Digitalisierung unserer Lebensumstände und unserer Wirtschaft braucht eine für diese Herausforderungen gut gewappnete Generation. Außerdem müssen insbesondere Mädchen von klein auf aktiv in diesen Bereichen gefördert werden. In der Tat werden Mädchen und Jungen heutzutage noch immer sehr unterschiedlich von den Medien, im speziellen der Werbung, angesprochen. Um dem entgegen zu wirken, muss man aktiv an Mädchen herantreten, um sie für Wissenschaft und Technik zu begeistern, so dass wir sicher sein können, dass die zukünftigen Ada Lovelaces oder Katherine G. Johnsons ihr volles Potenzial entfalten können. ■



Tania Mousel

– Belvaux

– Employée de l'État in der Nationalbibliothek

– **déi Lénk**

– politisch aktiv seit November 2017

Der Finanzplatz muss sich für einen strukturellen Wandel einsetzen

A

Angesichts der politischen Stabilität und der europäischen und internationalen Integration hat sich der Luxemburger Finanzplatz in den letzten Jahren rasant entwickelt. Er gehört mittlerweile zu den attraktivsten der Welt. In den letzten Jahren ist zwar die Anzahl der Banken, bedingt durch Restrukturierungen und Fusionen, von 156 auf 142 zurückgegangen, das finanzielle Volumen der Einlagen ist aber weiter gestiegen.

Die „Erfolgsstory“ des Luxemburger Finanzplatzes wird oft mit drei Stichdaten in Verbindung gebracht: 1929 mit der Einführung des Gesetzes für Holdinggesellschaften, der Emission der ersten Obligation in Dollar bei der Banque Internationale à Luxembourg (BIL) 1963 und schließlich der Einführung des Bankgeheimnisses 1981. Parallel hat Luxemburg von der EU-Gesetzgebung profitiert und setzte beispielsweise 1988 als erster Mitgliedsstaat der damaligen Europäischen Gemeinschaft die europäische Regelung für „Organismen für die gemeinsame Anlage in Wertpapieren“ (UCITS) um. Luxemburg wurde zum führenden Standort für den grenzüberschreitenden Fondsvertrieb.

Ein fragwürdiges Steuerrecht

Zudem hat die nationale Fiskalpolitik eine weitere bedeutende Rolle gespielt. Die rasante Entwicklung des Finanzplatzes wurde durch ein begünstigtes Steuersystem für Großunternehmen und Finanzgesellschaften beschleunigt. Nicht zufällig stand Luxemburg 2014 im Zentrum der Lux-Leaks-Enthüllungen des *International Consortium of Investigative Journalists* (ICIJ). Durch Steuer-Deals, sogenannte „Tax Rulings“, sollen rund 340 Firmen ihre Steuerbelastung teils auf unter ein Prozent gedrückt haben. Diese Praktiken verstößen nach Ansicht des Finanzministeriums nicht gegen nationales oder internationales Recht. Wenn man aber die Grundlage dieser Praktiken genauer analysiert,